

Michael Gerdes

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht aber noch weiter: Abiturienten, die lieber eine Ausbildung beginnen, weil sie sich Studiengebühren nicht leisten können, Warnungen aus der Wirtschaft vor Fachkräftemangel, unbesetzte Lehrstellen aufgrund fehlender Qualifikationen, besorgte Eltern – wir haben es gerade gehört –, die ihre Kinder nicht dem Lernstress im G 8 ausliefern wollen, und immer noch soziale Selektion im deutschen Bildungssystem. Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen. Ich will mir das heute ersparen.

Im letzten Jahr hat Kanzlerin Merkel die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen, aber in dieser Republik sind wir längst noch nicht angekommen. Zwar sind wir uns alle einig, dass Bildung eine wettbewerbsrelevante Ressource ist, und wir alle sagen: „In der Wissensgesellschaft ist Bildung *die* Quelle von wirtschaftlichem Wachstum“, gehandelt wird aber nicht nach dieser Maxime. Sonst würde die schwarz-gelbe Mehrheit morgen nicht ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschließen, das wohl eher bremsen wird, als dass es Probleme löst.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Gesetz wird Länder und Kommunen dazu zwingen, drastisch einzusparen. Das sind Einsparungen, die vor allem die Ausgaben für Bildung betreffen. Es drohen Kürzungen bei Kindergärten, Schulen und Universitäten, und das, obwohl wir bei den Bildungsausgaben im OECD-Vergleich sowieso nur im unteren Mittelfeld liegen. Im Klartext: Die schwarz-gelbe Regierung verzichtet auf Steuereinnahmen und riskiert somit sinkende Bildungsausgaben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Gute Bildung basiert auf einer soliden Finanzierung. Wir sollten die Mahnung von Frau Wintermantel ernst nehmen: Die von den Studierenden beklagten Mängel bei der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge hängen auch mit der chronischen Unterfinanzierung der Universitäten zusammen. Dieser Meinung ist nicht nur die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, sondern auch viele Professoren reklamieren die Geldknappheit ihrer Institute. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die der Staat zu finanzieren hat, egal für welche Altersgruppe. Ein Staat, der zu wenig Geld für Bildung ausgibt, verletzt das Recht auf Bildung und gefährdet zudem seine eigene wirtschaftliche Existenz. Erst letzte Woche hat die Bertelsmann-Stiftung eine Studie über den volkswirtschaftlichen Nutzen guter Bildung veröffentlicht. Die Schlagzeile lautet: Hohe Zahl von schlechten Schülern kostet die Gesellschaft viel Geld. – Ich füge hinzu: Gleiches gilt auch für unsere Studierenden und Azubis.

(Beifall bei der SPD)

Wer schlechte Lernbedingungen vorfindet, kann später nicht den Bedingungen des Arbeitsmarkts entsprechen. Kinder, Schüler, Azubis und Studierende brauchen vernünftige, qualitativ hochwertige Bildungsbedingungen und Chancengleichheit. Mit Blick auf die Proteste

der Studierenden frage ich mich: Was nützen uns Absolventen, die ihr Bachelorstudium zwar schnell hinter sich gebracht haben, aber kein fundiertes akademisches Wissen haben? Wir appellieren an unsere Jugendlichen, möglichst gute Abschlüsse zu machen, sorgen aber nicht für ein durchlässiges und gerechtes Bildungssystem. Aus meinem betrieblichen Alltag kann ich Ihnen berichten, dass viele Azubis, die das Zeug zum Studieren hätten, aus Angst vor finanzieller Not nicht an die Hochschule wollen.

(Beifall bei der SPD – René Rösler [SPD]:
Das ist Lebenserfahrung!)

– Das ist Lebenserfahrung, und das ist eine falsche Entwicklung. – An dieser Stelle fällt mir das Stichwort „Bildungssparen“ ein. Ich finde den Grundgedanken richtig, Geld für Ausbildung und Studium zur Seite zu legen. Nur, wenn ich an die vielen Familien mit prekären Beschäftigungsverhältnissen denke, die am Ende des Monats froh sind, ihren Lebensunterhalt so eben bestritten zu haben, wird eines deutlich: Da ist kein Euro mehr vorhanden, der gespart werden könnte. Es bleibt dabei: Wer arm ist, hat es schwer, an Bildung teilzuhaben; wer reich ist, hat beste Aussichten auf Bildung. Die soziale Ungerechtigkeit wird auf die nächste Generation übertragen. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin, lassen Sie die Studierenden und die Universitäten nicht im Regen stehen! Nehmen Sie die Kritik ernst und handeln Sie! Ein erster Schritt wäre es, den geforderten Bologna-Gipfel so schnell wie möglich durchzuführen. Ein zweiter Schritt wäre es, die Bildung in diesem Land nicht zusätzlich durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu gefährden. Streichen Sie es von der Tagesordnung!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Gerdes, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Wir gratulieren Ihnen dazu und wünschen Ihnen alles Gute für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Das Wort hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir hatten gestern im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung zwei Stunden Zeit für ein Gespräch, auch über das Thema dieser Aktuellen Stunde. Ich will gern wiederholen, was ich gestern den Kolleginnen und Kollegen zu erläutern versucht habe.

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) Ich möchte vorher auf einige Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben.

Erstens. In mehreren Reden, unter anderem in der von Herrn Gehring und von Herrn Rossmann, kam die Forderung zum Ausdruck, dass der Bologna-Prozess korrigiert werden muss – im Gestus der Selbstverständlichkeit, so als wüssten Sie das lange. Da fragt man sich dann unwillkürlich: Was ist eigentlich zwischen 1999, als Frau Bulmahn den Vertrag unterschrieben hat, und dem Jahr 2005 in der Phase der Einführung, in den ersten sechs Jahren, geschehen?

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wo war denn Ihre Position als Ministerin in Baden-Württemberg?)

– Ich war Kultusministerin, mit Verlaub. Ich war nicht Wissenschaftsministerin. Wir haben dem Bologna-Prozess immer zugestimmt, und ich habe diese Herausforderung angenommen. – Jetzt fällt Ihnen ein: Es muss korrigiert werden. Sechs Jahre haben Sie in der rot-grünen Bundesregierung Verantwortung getragen. Das, was Ihnen heute einfällt, ist Ihnen damals nicht eingefallen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Sie sagen: Der Bund muss etwas tun; die Ministerin darf nicht mit leeren Taschen zum Gipfel gehen. Da haben Sie recht.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Und was hat Herr Koch gemacht?)

- (B) – Jetzt kommen Sie wieder mit Herrn Koch und dem Bundesverfassungsgericht. Herr Rossmann, man muss schon so vorgehen, dass es der Verfassung entspricht. Das ist die Aufgabe einer Bundesregierung bei jeder Maßnahme, die sie beschließt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben das nicht berücksichtigt. Zwischen 1999 und 2005 ist eben keine gemeinsame Perspektive von Bund und Ländern entwickelt worden. Für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems, für die Schaffung neuer Studienplätze ist keine Unterstützung geleistet worden.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Der Koch wollte doch keine Gemeinsamkeit!)

Seit 2005 gibt es einen Hochschulpakt, in der ersten Phase mit der Schaffung von 90 000 zusätzlichen Studienplätzen, in der zweiten Phase mit der Schaffung von 275 000 zusätzlichen Studienplätzen. Jetzt gibt es in der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern das 10-Prozent-Ziel. Das alles ist nach 2005 geschehen, und nichts davon ist in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung passiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Weil Sie damals blockiert haben!)

Drittens. Sie – ich glaube, es war Herr Gehring – sprechen von den immer höheren Blockaden, wenn es darum geht, in Deutschland gute Bildung zu bekommen und ein Studium aufzunehmen. Es gibt so viele Untersu-

chungen, dass man immer streiten kann, wer sich gerade auf welche bezieht. Wir werden sie einmal alle zusammenführen, um längerfristige Trends aufzuzeigen. Wenn man nur die Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus den letzten zehn Jahren nimmt, dann ist augenscheinlich, dass in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung, jedenfalls was die Studienanfängerquote angeht, Stagnation und Rückgang herrschten. In diesem Jahr haben wir eine Rekordzahl: Seit 2005, spätestens seit 2007 ist die Stagnation überwunden.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Statistiktricks!)

– Natürlich stimmt es. Das Statistische Bundesamt spricht von über 43 Prozent eines Jahrgangs, die im Studienjahr 2009 ein Studium aufgenommen haben. So viele hat es noch nie gegeben. Übrigens gab es da, wo Studiengebühren erhoben werden, erhebliche Zuwachsraten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß, dass Ihnen diese Zahl nicht passt; aber sie stimmt.

Dann wird gesagt, in Deutschland seien die Blockaden schon deshalb höher, weil Studiengebühren existierten. Wenn Sie die Zahl der Hochschulen mit Studiengebühren in Deutschland zusammenzählen, dann werden Sie feststellen, dass es an der Mehrheit der Hochschulen überhaupt keine Studiengebühren gibt.

(Zuruf des Abg. Willi Brase [SPD])

– Darauf legen Sie doch wert. – Wer in Deutschland studieren und keine Studiengebühr zahlen möchte, lieber Herr Brase, kann das.

(Zurufe von der SPD)

– Sehen Sie, bei Studierenden ist es unterschiedlich. Da gibt es viele, die – das zeigen die HIS-Studien – ihren Studienort auch mit Blick auf die Qualität wählen.

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Wie weltfremd sind Sie eigentlich?)

Deshalb gibt es hohe Zuwachsraten in Nordrhein-Westfalen, in Bayern, in Baden-Württemberg – da, wo Studiengebühren existieren und sich die Lehre verbessert hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Gohlke, Sie sprechen von der Gewalt gegenüber Studierenden. Ich finde es erstaunlich, dass Sie nicht darüber sprechen, dass Hörsäle zu besetzen, andere am Studieren zu hindern und die Säle zerstört zurückzulassen, auch Gewalt ist, die nicht akzeptabel ist.

(Zuruf der Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE])

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) Deshalb ist die Räumung von Universitäten, in denen Gewalt ausgeübt wird, richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode sieht ganz klar den Aufwuchs vor – wir haben hier schon zweimal darüber gesprochen –, er sieht Aufstiegsstipendien vor. Jetzt nenne ich den Zeitplan noch einmal: Natürlich wird am 12. April nicht eine Konferenz stattfinden, auf der wieder analysiert wird. Die Frage, was zu tun ist, ist im Sommer des vergangenen Jahres besprochen worden. Danach hat es ein Elf-Punkte-Programm der Kultusministerkonferenz gegeben. Das steht jetzt in den Ländern zur Umsetzung an. Das Beispiel von Herrn Pinkwart und von Nordrhein-Westfalen ist genannt worden. Die Hochschulen haben mit ihren Wissenschaftsministern ein Memorandum verabschiedet; sie haben ganz klar die Schritte zur Konkretisierung aufgeführt, sie haben deutlich gemacht, was jetzt zu geschehen hat. Das Wintersemester steht unter dem Vorzeichen der Umsetzung, der Korrektur, der Verbesserung der Qualität von Lehre.

Dazu findet am 10. Dezember das Gespräch der Hochschulrektorenkonferenz mit der Kultusministerkonferenz statt. Dazu werden diverse Workshops in den einzelnen Ländern stattfinden. Das Ziel ist, in den 16 Ländern das, was verabredet worden ist, jetzt umzusetzen. Dann werden wir in der zweiten Märzwoche die internationale Bologna-Konferenz in Wien und in Budapest haben, und vier Wochen später werden wir diesen Prozess der Umsetzung der Korrekturagenda in Deutschland durchführen.

(B)

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Aus welchen Mitteln?)

Und das, was in anderen Ländern passiert, der Austausch auf der internationalen Bologna-Konferenz, wird für die Frage der Mobilität wichtig sein. Dies alles wird dann bilanziert. Es werden die Perspektiven entwickelt, auch die finanzpolitischen Perspektiven.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Im April? – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoffentlich auch Lösungen!)

Sie wissen, dass das 10-Prozent-Ziel beschlossen worden ist, Sie wissen, dass es am 10. Dezember genau darum geht, Sie wissen – auch das habe ich gestern gesagt –, dass wir dann überlegen werden, was seitens des Bundes noch zusätzlich zum Hochschulpakt investiert werden kann.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Und die Länder müssen im April nachlegen?)

Sie wissen, dass im neuen Hochschulpakt pro Studienplatz mehr Geld für Lehre ausgegeben worden ist.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das reicht ja nicht aus!)

Klarer Zeitplan, klarer Fahrplan im Blick auf Taten, nicht auf weitere allgemeine Debatten. Es wird konkret. Auch das stinkt Ihnen.

(Zuruf von der SPD: Nein, das erwarten wir!) (C)

Ich finde, Sie sollten jetzt einfach die Bemühungen ernst nehmen, die in den Hochschulen, in den Landesregierungen, in der Bundesregierung geschehen.

Und zum Abschluss, lieber Herr Rossmann: Auf das Wort „Schavanismus“ haben Sie nicht mal Copyright. Das gibt es schon seit 15 Jahren, von Ihrem Kollegen Zeller aus Baden-Württemberg erfunden,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP – Iris Gleicke [SPD]: Das hat er wohl nicht gewusst, dass er darauf Copyright hat!)

seines Zeichens SPD-Landtagsabgeordneter. Ich kann nur sagen: Willkommen! Nun ist der Begriff auch in Berlin angekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Iris Gleicke [SPD]: Da kann man mal sehen, wie lange so was dauert, wenn man durch Nichtstun glänzt!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Swen Schulz für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Swen Schulz (Spandau) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Grütters, Sie haben danach gefragt, warum wir in dieser Woche, nachdem wir über das Thema bereits in der letzten Woche diskutiert haben, auf Antrag der SPD erneut diese Diskussion führen. Ich kann Ihnen das erklären: Wir lassen die Regierungskoalition nicht in Ruhe, wir lassen sie nicht aus der Verantwortung. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch notwendig, weil Bundesministerin Schavan ja ganz offenkundig immer wieder zum Jagen getragen werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Monika Grütters [CDU/CSU]: Überheben Sie sich nicht!)

Frau Canel, wir instrumentalisieren nicht die Proteste der Studierenden, aber wir begrüßen, dass die Studierenden Druck machen. Erst nachdem die Studierenden protestiert haben, hat Frau Schavan reagiert und zum Beispiel eine BAföG-Erhöhung angekündigt, und erst nach der Forderung der HRK-Präsidentin, einen Bologna-Gipfel durchzuführen, hat Frau Schavan gesagt: Na ja, okay, kann man im April machen.

Aber man fragt sich schon, wo die eigene Initiative, der eigene konkrete Beitrag ist.

(Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Hören Sie zu!)

Ich habe das letzte Woche schon in der Debatte im Deutschen Bundestag gefragt. Jetzt habe ich der Ministerin wieder zugehört, und es kam wieder nichts Konkretes,